

Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum: 09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-FM-01

Von Zeile 71 bis 75:

denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, sollen gesetzlich verboten werden. Auf europäischer Ebene brauchen wir ~~sowohl eine stärker koordinierte Sicherheits- und Verteidigungspolitik als auch verstärkte Anstrengungen zur Rüstungskontrolle. Sie müssen streng und umfänglich parlamentarisch durch Bundestag und Europäisches Parlament kontrolliert sein.~~ eine stärkere Koordinierung in Fragen von Frieden und Sicherheit, Verteidigung und Rüstungskontrolle sowie Rüstungsexportkontrolle. Langfristig fordern wir für die gesamte EU einen restriktiven Umgang mit Rüstungsexportgenehmigungen. Die Parlamente müssen bei diesem Thema sowohl im Bund als auch in der EU strukturell eingebunden werden. Nur so kommen Entscheidungen zu Exporten aus den Hinterzimmern der Politik heraus.

Begründung

Der Entwurfstext ist an dieser Stelle etwas wirr. Wir haben versucht, etwas Klarheit reinzubringen.